



eine konservative Gewerkschaft in Frontstellung zum DGB

Der rechtslastige Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV), Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB), organisiert Angestellte vor allem bei Krankenkassen, Sozialorganisationen, Versicherungen und im Handel. Heute heißt der DHV nicht mehr 'Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband' und ist auch keine völkische Organisation mehr wie zu Zeiten der Weimarer Republik. Doch für Beschäftigte, denen die DGB-Gewerkschaften zu »links« sind, bietet sich der DHV als Alternative an. Das zieht auch Angehörige der extremen Rechten an.

Am Ende stand wieder das Scheitern. Der bisherige Vorsitzende des DHV-Landesverbandes Nordost, Klaus Gröbig, freigestellter Personalrat bei der BfA und Autor bei der rechtsextremen Wochenzeitung 'Junge Freiheit' und der 'Preußischen Allgemeinen', ist nach Auseinandersetzungen im DHV aus dem Verband ausgeschlossen worden. Dagegen hat er Klage eingereicht. Seit Juli 2005 ist er nicht mehr im Amt und mit ihm haben mehrere Mitstreiter, darunter seine Stellvertreter im Vorstand, den DHV verlassen. Gefolgt ist ihm auch ein erheblicher Teil der Betriebsgruppe bei der BfA, der in der Folge zur ebenfalls unternehmerfreundlichen AUB (Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger) übergetreten ist.

Parallelen zur FDP Ende der 90er Jahre drängen sich auf. Klaus Gröbig und der im vorherigen Artikel erwähnte Unterwandler des Deutschen Journalisten-Verbandes, Torsten Witt, hatten zu dem Kreis gehört, der die ausgeblutete FDP zu einem nationalliberalen Kampfverband unter der Führung des früheren Generalbundesanwalts, Alexander von Stahl, hatte machen wollen. Zunächst hatte es gut ausgesehen, vier Berliner FDP-Bezirke schienen sich dem neuen

Kurs anzuschließen. Doch dann gab es eine Kampagne an den Berliner Unis, die zum Masseneintritt in die FDP aufrief. Die darauf folgenden Streitereien in der FDP machten den Nationalliberalen den Durchmarsch an die Spitze des Berliner Landesverbands unmöglich. Resigniert hatte Gröbig 2001 die FDP verlassen.

Göbigs neues Betätigungsfeld wurde der DHV-Landesvorstand. Schon 2000 hatte seine Betriebsgruppe bei der BfA Erfolge vorzuweisen. Der DHV war dort mit einem massiven Stimmenzuwachs in den Personalrat gelangt und konnte sich auch bei den Wahlen 2004 behaupten.

Ein neues Gesicht im Vorstand: Bernd Rabehl

Bei den Auseinandersetzungen um Gröbig im DHV im Frühjahr/ Sommer 2005 hatte der Vorstand des CGB-Landesverbands Berlin-Brandenburg einen Unvereinbarkeitsbeschluss zu rechtsextremen Parteien gefasst. In diesem Beschluss wurden die Funktionäre der CGB-Einzelgewerkschaften aufgefordert, »nicht diese Ideologien zu vertreten oder Mitglieder dieser Vereinigungen zu dulden«. Kurz darauf hat der CGB-Bundesvorstand diesen Beschluss jedoch mit einer formalen Begründung wieder annulliert.

Nun fällt man mit einer Mitgliedschaft z.B. bei den Republikanern nicht unbedingt beim DHV auf. Wie die TAZ Ende August 2005 berichtete, agiert auch nach Gröbigs Ausschluss weiterhin ein Republikaner als Landesschatzmeister. Gröbigs Pläne im DHV waren aber wohl zu ambitioniert gewesen. Mittels seiner Hausmacht, der mitgliederstarken Betriebsgruppe bei der BfA, konnte er das Gesicht des DHV-Landesverbandes prägen. Dazu gehörte auch das Projekt, Professor Bernd Rabehl in eine führende Po-

sition beim DHV zu hieven. Rabehl, einst 68er und Weggefährte Rudi Dutschkes, hatte sich mittlerweile dem rechtsextremen Lager angenähert und musste deshalb seine Mitarbeit bei der Hans-Böckler-Stiftung beenden. Er war erst Ende 2004 in den DHV eingetreten und sollte bald, so Gröbig in der im Februar 2005 erschienenen DHV-Mitgliederzeitung, »an herausgehobener Position« arbeiten. Die erste Etappe gelang schon kurz darauf mit den Vorstandswahlen im März 2005, Rabehl wurde Mitglied im DHV-Landesvorstand. In diesem Zeitraum sorgte Rabehl mit seinen Sympathiebekundungen für die extreme Rechte für Wirbel in der Öffentlichkeit, und an der Freien Universität Berlin wurden Schritte eingeleitet, seine Lehrtätigkeit zu beenden. Im DHV-Hauptvorstand stieß Rabehls neue Position nicht auf Gegenliebe. Rabehls DHV-Mitgliedschaft wurde auf kaltem Weg storniert, ist aus dem Bundesvorstand zu vernehmen. Rabehl dagegen streitet ab, jemals Mitglied im DHV gewesen zu sein. Nur hatte die

rechte 'Preußische Allgemeine' im Dezember 2004 seinen DHV-Eintritt bekannt gegeben und seine Gründe für diesen neuen Schritt zitiert...

Wofür steht der DHV?

Der DHV wurde 1950 wieder ins Leben gerufen. Dies geschah, so ist in der Selbstdarstellung des DHV zu lesen, »als Nachfolgeorganisation des 1933 gleichgeschalteten und im Anschluss daran durch die Nationalsozialisten aufgelösten Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV)«. Dass dies eine Schönschreibung der Geschichte ist, wird im Anhang unserer Broschüre dargestellt.

Der DHV konstituierte sich zunächst nur als Berufsverband und eingetragener Verein. Die Alliierten waren damals nur bereit, eine Einheitsgewerkschaft zu konzessionieren. Doch gerade diese verstieß gegen das DHV-Grundverständnis. Die DHV-Funktionäre verstanden sich von Anfang an in Frontstellung zum DGB und in Gegnerschaft zum Prinzip von Einheitsgewerkschaften und



Broschüre IG Metall (links), DHV-Flugblatt bei der BfA

dem Grundsatz »Eine Industrie – eine Gewerkschaft«. Von der berufsständischen Interessensvertretung von Angestellten wollte der DHV nicht abrücken. Noch heute, so ist auf seiner Website zu lesen, sieht es



Arbeiterwohlfahrt – verwaltet ein 1-Euro-Jobs und AWO-Teilbereiche schließen Verträge mit dem DHV

der DHV als einer seiner satzungsgemäßen Aufgaben an, »ein auf die Stärkung des Persönlichkeitsbewusstseins gerichtetes Berufsethos zu pflegen«. Des Weiteren kämpft der DHV »gegen eine berufspolitische Entrechtung der Angestellten«. und fordert »eine gerechte Bewertung der beruflichen Leistung« und ist »gegen jede Art von Gleichmacherei«.

Belegschaften spalten und elitäres Bewusstsein schaffen – oder wie soll man die folgenden Aussagen eines Verbandes interpretieren, der vorgibt gewerkschaftliche Interessenvertretung zu betreiben? »Die Anerkennung des Leistungsprinzips ist gleichbedeutend mit der Ablehnung jeglicher Einebnung

und Gleichmacherei. Leistung im beruflichen Leben anzuerkennen heißt, die Unterschiedlichkeit der Menschen und die persönlichen Fähigkeiten zu berücksichtigen und daraus unterschiedliche Ansprüche auf materielle Gegenleistung zu begründen und zu fordern.« Die Gleichmacherei sieht der DHV natürlich bei den DGB-Gewerkschaften. »Sozialisierung und Gemeinwirtschaft werden vom DHV ebenso abgelehnt wie die Einflussnahme des Staates auf die Autonomie der Tarifpartner.«

Mit seiner Wiedergründung wollte sich der DHV ideologisch vom DGB absetzen; sie »erfolgte im wesentlichen aus weltanschaulichen Gründen und damit im Widerspruch zum neuen Prinzip der weltanschaulichen Einheitsgewerkschaft«. In seiner »Zielsetzung« lasse er sich »von der christlichen Soziallehre und Sozialethik leiten«. Die Interessenvertretung seiner Mitglieder fuße auf »christlich-sozialer Grundhaltung«, bis 1972 hieß es noch, auf »christlich-nationaler«. Bis 1966 war der DHV übrigens noch in Gaue gegliedert und hielt »Gautage« ab.

Die 'gewerkschaftliche' Praxis – Dumping-Tarifverträge

Eine Rolle wie in der Weimarer Republik hat der DHV in der Bundesrepublik nie auch nur annähernd spielen können. Die tatsächliche Mitgliederzahl dürfte nur ein Bruchteil der offiziell angegebenen 80.000 ausmachen. Angaben zum Beispiel über die Mitgliederstärke der einzelnen Landesverbände sind nicht zu finden. Doch wenn nicht die Größe, was macht seine Bedeutung aus?

Den DGB sieht der DHV als eine Organisation mit klassenkämpferischen Wurzeln. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass vom DHV bei Streiks nichts zu sehen ist. Dass der DHV Tarifabschlüsse vereinbart, hat wenig mit zahlenmäßiger Stärke zu tun. Die Abschlüsse sind nicht geeignet, sich eine größere Basis unter den Beschäftigten zu schaffen. Auch bei den zahlreichen Übertritten aus der BfA-Betriebsgruppe des DHV zur AUB spielte eine Rolle, dass der DHV-

Bundesvorstand mit Hilfe ihrer Tarifkommission einen Vertrag abschließen wollte, den die ehrenamtlichen DHV'ler nicht mit zu tragen bereit waren. Allerdings geraten sie mit ihrem neuen Verband vom Regen in die Traufe – ist die AUB doch für ihre arbeitgeberfreundliche und gewerkschaftsfeindliche Politik bekannt.

Als die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) 1998 in die IG Metall aufging, weigerte sich der Bundesverband des holz- und kunststoffverarbeitenden Gewerbes (BHKH), die Tarifpartnerschaft mit der IG Metall fortzusetzen und unterzeichnete mit dem DHV und dessen Schwesterngewerkschaft CGD einen erheblich verschlechterten Manteltarifvertrag für das Tischlerhandwerk. Tischler wird man im DHV mit der Lupe suchen müssen, doch das hindert den DHV nicht, munter Verträge in diesem Bereich abzuschließen.

Das Interesse der Arbeitgeberseite liegt darin, Abschlüsse mit den DGB-Gewerkschaften zu unterlaufen bzw. aus Vereinbarungen mit diesen herauszukommen. Das betrifft besonders den Organisationsbereich von ver.di. Aktuelle Beispiele dazu sind in Ostdeutschland die Hausverträge von Glie-

derungen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) oder der neue Haustarifvertrag der Sparkassen-Versicherung Sachsen. Letzteren hat der DHV im Mai 2005 unterschrieben, nachdem das Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband ausgesichert war. Die 350 Angestellten konnten sich nur die Augen reiben: Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 40 Stunden, Mehrarbeitszuschläge erst ab der 231. Überstunde, monatliche Einkommenseinbußen bei den Azubis zwischen 231 und 291 Euro, in der mittleren Tarifgruppe Absenkung des Gehalts um 400 Euro im Monat, bei der niedrigsten Einkommensgruppe ein Abfallen von 1.950 Euro bei einer 38 Stunden-Woche auf 1.138 Euro bei einer 40-Stunden-Woche... ver.di-Mitglieder konnten sich glücklich schätzen, dass für sie der ver.di-Flächentarifvertrag weiter gilt.

»Der asozialen Politik der DGB-Gewerkschaften, die einzig auf Besitzstandwahrung für ihre Klientel und gegen die Interessen der Arbeitslosen und des ganzen Landes gerichtet ist, muss eine gewerkschaftliche Alternative entgegengesetzt werden«, sagte doch Bernd Rabebl als Begründung für seinen DHV-Eintritt (so zitiert in der 'Preußischen Allgemeinen' vom 22.12.2004).

